



René Stadtkewitz vor dem Rathaus Zehdenick: Der AfD-Politiker gewann 2026 die Bürgermeisterwahl, ohne in die Stichwahl zu müssen.

IN DER STICHWAHL UNTERLEGEN

Die AfD im Wettbewerb um kommunale Spitzenämter. Brandenburg 2025 und 2026

Von Gideon Botsch und Christoph Schulze

Einleitung

„AfD-Kandidat gewinnt erstmals bei Bürgermeisterwahl in Brandenburg“ (Die Zeit 2026): Diese Nachricht aus der Kleinstadt Zehdenick bringt die ansonsten wenig beachtete brandenburgische Kommunalpolitik im Mai 2026 überraschend in die bundesweiten Schlagzeilen. Die Entscheidung einer absoluten Mehrheit der Wähler:innen in der Kleinstadt in Oberhavel bereits im ersten Wahlgang für den Kandidaten der behördlich als erwiesen rechtsextremistisch eingestuften Alternative für Deutschland (AfD) zeigt an, dass demokratische Politik auf kommunaler Ebene unter Druck geraten ist (dazu: Dietze 2025; Jankowski/Juen/Tepe 2022; Jankowski/Juen/Tepe 2021; Angenendt 2021a). Die öffentliche Aufmerksamkeit konzentriert sich stark auf die

AfD, wann immer sie Chancen hat, eine:n Bewerber:in für ein kommunales Spitzenamt in die Stichwahl zu bringen. Anschließend verliert die Öffentlichkeit die betreffende Kommune regelmäßig aus dem Blick.

Die Emil Julius Gumbel Forschungsstelle des Moses Mendelssohn Zentrums hat seit den brandenburgischen Kommunalwahlen 2019 verschiedene Facetten der Herausforderungen für die Demokratie auf kommunaler Ebene zum Gegenstand kleinerer Studien gemacht. Dabei ging es um die Mobilisierung der Partei in den Wahlgängen für die Kommunalparlamente (Botsch/Schulze 2019; Botsch/Schulze 2025) und um die Auswirkungen ihrer Präsenz in diesen Gremien (Hauke 2023; Botsch/Schulze 2025). Diese Studien konzentrierten sich – wie die Mehrzahl der ohnehin spärlichen Forschungen zu kommunalen Wahlen – auf

die Gemeindevertretungen, einschließlich der Stadtverordnetenversammlungen und Kreistage, deren Mitglieder alle fünf Jahre von den Bürger:innen der jeweiligen Kommunen in direkter Wahl bestimmt werden (§27 BbgKVerf; §§1, 3 BbgKWahlG; vgl. Völkl/Janowski 2025).

Anders sieht es mit den hauptamtlichen Bürgermeister:innen und den Oberbürgermeister:innen der kreisfreien Städte aus, die gemäß der brandenburgischen Kommunalverfassung als Wahlbeamte die Verwaltungsspitze der amtsfreien Gemeinden darstellen (§53 BbgKVerf; BbgKWahlG Abschnitt 8). Es handelt sich demnach um Beamte auf Zeit, die in direkter Abstimmung für eine Amtsperiode von acht Jahren durch die Bürger:innen der Gemeinde gewählt werden.

Dies gilt analog auch für die Wahl der Landrät:innen (BbgKWahlG, Abschnitt 9) als „allgemeine untere Landesbehörde“, die in dieser Eigenschaft nur gegenüber den übergeordneten staatlichen Behörden verantwortlich ist und der Dienstaufsicht des brandenburgischen Ministeriums des Innern und für Kommunales (MIK) untersteht (§132 BbgKVerf). Die Direktwahl des Landrats ist in den deutschen Bundesländern inzwischen der Standard. In Brandenburg wurde sie 2010 eingeführt. Allerdings kommt im hiesigen Kommunalwahlrecht eine Besonderheit zum Tragen, die es in den anderen Bundesländern nicht gibt: die Direktwahl mit Quorum. Kann der oder die erfolgreichste Kandidat:in weder in der Hauptwahl noch in einer Stichwahl 15 Prozent der Wahlberechtigten hinter sich bringen, bestimmt der Kreistag über das Amt, sodass „beide Systeme“ – Direktwahl und Repräsentativwahl – „zugleich vertreten“ sind (Gäbler/Rösel 2019a, 4; vgl. Gäbler/Rösel 2019b). Im ersten Jahrzehnt nach der Einführung war das Quorum auch in der Stichwahl öfter nicht erreicht worden, sodass eine Reihe von Landrät:innen durch den jeweiligen Kreistag gewählt wurden. Seither musste nur noch in einem Fall (Oberhavel im November/Dezember 2021) der Kreistag einspringen. Andererseits wurde das Quorum nur in drei Fällen bereits in der Hauptwahl erfüllt, in den übrigen zehn Wahlen erst in der Stichwahl.

Wo aber der Landrat oder die Landrät:in direkt durch Wähler:innen mandatiert wird, ergibt sich gegenüber einer ebenfalls direkt gewählten Gemeindevertretung eine spezifische Spannungslage. Sie kann produktiv genutzt werden und zur „fusion of powers“ im demokratischen Mehrebenen-System beitragen – aber sie kann auch erhebliche Probleme und Reibungsverluste erzeugen, die unter ungünstigen Bedingungen für die Entfaltung der Demokratie im kommunalen Rahmen und darüber hinaus Belastungen mit sich bringen (vgl. zusammenfassend Gäbler/Rösel 2019b).

Die vorliegende Darstellung fragt, im Anschluss an unsere vorherigen Studien, wie sich die Präsenz der AfD im Flächenland Brandenburg auf die Wahl der kommunalen Verwaltungsspitze auswirkt. Sie prüft, welche Potenziale die Partei entfalten kann, welche Gelegenheitsstrukturen ihr die hiesige Kommunalpolitik im derzeitigen Zustand bietet – und an welche Grenzen die AfD stößt.

Dabei beschäftigen wir uns zugleich mit einem Trend weg von den Kandidat:innen der im Potsdamer Landtag, im Bundestag und Europäischen Parlament vertretenen Parteien – von der AfD regelmäßig als „Altparteien“ oder „etablierte Parteien“ bezeichnet – zu Gunsten von Kandidat:innen, die sich entweder für lokale unabhängige Listen und Wählergemeinschaften (Jankowski/Juen/Reiser 2025; Kiess/Feuerer/Dilling 2024; Angenendt 2021b) oder als Einzelbewerber:innen für ein kommunales Spitzenamt bewerben.

Die empirische Grundlage ergab sich, da in den vergangenen etwa anderthalb Jahren drei von vier Oberbürgermeisterämtern, fast die Hälfte der Landratsämter und eine größere Anzahl von Bürgermeisterämtern neu zu besetzen waren. Für unsere Auswertung sichteten wir die Ergebnisse aller einschlägigen Wahlen im Land Brandenburg über die Zeit seit dem Jahresbeginn 2025 bis zum Juli 2026.

Im Anschluss an die Übersicht über diesen Wahlzyklus stellen wir vier ausgewählte Fallbeispiele genauer vor: Landratswahlen in den südlich gelegenen Landkreisen Elbe-Elster und Spree-Neiße sowie Bürgermeisterwahlen in den nördlich gelegenen Städten Zehdenick und Velten. Diese Fälle beleuchten die doppelte Problemdynamik, die sich aus dem Aufstieg der AfD einerseits und der Abwendung relevanter Teile des kommunalen Elektorats von den „etablierten“ Parteien andererseits ergeben. Sie verweisen eindringlich auf das Ausmaß an „politischer Entfremdung“, welche – wie der Politikwissenschaftler Franz L. Neumann befürchtete – eine „bewusste Verwerfung des gesamten politischen Systems“ nach sich zieht, weil „der Einzelne nicht die Möglichkeit sieht, durch seine Anstrengung etwas am System zu ändern“. Dies könne zur „partiellen Paralisierung des Staates“ führen und den Weg zu einer autoritären Bewegung öffnen, die „die Spielregeln verachtend, sich die Unfähigkeit des Bürgers zur individuellen Entscheidung zu Nutze macht“ (Neumann 1954, 37f).

Empirische Befunde

Zwischen Jahresbeginn 2025 und Juli 2026 fanden in Brandenburg 55 Wahlen statt. Insgesamt wurde dabei über die Besetzung der hauptamtlichen Bürgermeister:innen für 944.000 Menschen in 49 Städten und Gemeinden und der Landratsämter von 723.000 Menschen in 6 Landkreisen entschieden.

Unter den Wahlorten befanden sich mit Potsdam, Brandenburg an der Havel und Frankfurt (Oder) drei der vier kreisfreien und dabei einwohnerstärksten Städte des Bundeslandes. In Spree-Neiße und in Oberhavel fanden mit jeweils sechs Bürgermeisterwahlen die meisten Abstimmungen statt; wobei in Zehdenick (Oberhavel) nach dem Wahlgang 2025 eine weitere Wahl 2026 nötig wurde. Die in die vorliegende Auswertung eingeflossene Bürgermeister-

wahl in Strausberg im Februar 2026 wurde indes für ungültig erklärt und soll im September 2026 wiederholt werden (Stadt Strausberg 2026).

Bei den Bürgermeisterwahlen trat die AfD in 30 der insgesamt 49 Orte an (61 Prozent). Mit insgesamt 36 Kandidat:innen war sie die politische Kraft in Brandenburg, der es gelang, bei der höchsten Anzahl von Wahlen Antritte zu organisieren, gefolgt von der CDU (31) und parteiunabhängigen Wählergemeinschaften (29). Die SPD kam auf 21 Antritte, weitere Parteien (unter anderem Grüne, Linke, FDP und die brandenburgischen BVB-FW) in der Summe auf ebenfalls 21. Bei 37 Wahlen traten Einzelbewerber:innen an.

Bei allen Landratswahlen, die im Untersuchungszeitraum anstanden, stellte die AfD eigene Kandidat:innen auf. Anders als bei Bürgermeisterwahlen erhob sie also stets den Anspruch auf politische Macht. Zu wählen waren die politischen Spitzenämter in Oberspreewald-Lausitz (11.1.2026), Elbe-Elster (25.2.2026), Spree-Neiße (8.3.2026), Barnim und Uckermark (beide 19.4.2026), und zuletzt in Ostprignitz-Ruppin (10.5.2026).

Die Landrats-Kandidat:innen der AfD konnten im Schnitt bereits im ersten Wahldurchgang 35 Prozent erreichen. Die Partei lag damit – abgesehen von einer markanten Ausnahme in Elbe-Elster – überall auf Platz zwei. In den vier Stichwahlen konnte die AfD ihr Ergebnis jedes Mal erkennbar steigern. Im Schnitt lag sie bei 42 Prozent. Dies spricht für die breite politische Akzeptanz der AfD in einem gewachsenen Teil des brandenburgischen Wahlvolks. Dass die AfD selbst dort, wo sie weniger gut abschnitt, noch um die 30 Prozent der Wähler:innen von sich überzeugen konnte, zeugt von ihrer aktuellen Stärke.

Das kommunalpolitische Feld in Brandenburg ist männlich dominiert. Dieser Umstand spiegelte sich im kandidierenden-Tableau bei den Bürgermeister- und Landratswahlen 2025 und 2026, wo mit rund 75 Prozent die Männer eine überdeutliche Mehrheit stellten. Dieses Ungleichgewicht wurde nicht von der AfD alleinig verschuldet, von ihr aber verstärkt, da sie bei 36 Antritten lediglich 4 Frauen aufstellte (11 Prozent). Das Missverhältnis war bei parteiunabhängigen Wahlvereinigungen mit 4 Frauen bei 28 Antritten (14 Prozent) ähnlich ungünstig. Betrachtet man nur die Landratswahlen, so steigt der Frauenanteil bei der AfD auf ein Drittel (2 von 6). Die beiden Kandidatinnen erzielten zugleich die besten Ergebnisse. Vergleicht man diese mit den Ergebnissen der Kommunal- und Landtagswahlen in den beiden Landkreisen, ergibt sich kein Hinweis auf einen mobilisierenden Effekt durch die Kandidatur von Frauen.

Auch der Einfluss anderer Faktoren wie der politischen Kultur ist nicht immer erkennbar: Thorsten Arndt erzielte 30 Prozent in der ersten Wahlrunde in Ostprignitz-Ruppin, also in einem Landkreis, der für die AfD wie für frühere rechte Parteien stets weniger günstige Ergebnisse brachte. Im Barnim, wo die politische Rechte traditionell besser aufgestellt ist, erreichte auch Matthäus Mikolaszek keinen besseren Wert.

Zwei Trends bestätigten sich. Zum einen kommt auf kommunaler Ebene nicht-parteigebundenen Wählervereinigungen und Einzelbewerber:innen eine hohe Bedeutung bei der Ausgestaltung des politischen Angebots zu. Zum anderen ist seit längerem eine hohe Präsenz von AfD-Kandidat:innen bei kommunalen Wahlen im Bundesland bekannt. So traten bei den Kommunalwahlen am 9. Juni 2024 in Brandenburg 1.100 Menschen für die AfD an. Die Partei hatte also etwa die Hälfte ihrer damals rund 2.200 Mitglieder zu einem Wahltritt mobilisiert, was als außerordentlich hohe Ausschöpfung eingeschätzt werden kann. Die AfD-Kandidat:innen bewarben sich teilweise um mehrere Mandate gleichzeitig – insgesamt um 1.800 Mandate auf unterschiedlichen Ebenen von Kreistag bis Ortsbeirat (Botsch/Schulze 2025, 5). Schließlich wurden 1.040 Mandate von der AfD besetzt (ebd., 12).

Bei den von uns ausgewerteten Wahlen 2025 und 2026 resultierte die hohe Präsenz von AfD-Kandidierenden allerdings nicht in einer hohen Zahl von gewonnenen Posten.

Der AfD-Kandidat Stadtkewitz in Zehdenick erzielte wie erwähnt 2026 in der Hauptwahl 58 Prozent der Stimmen und gewann somit den Bürgermeisterposten. Dies blieb jedoch der einzige Wahlsieg der AfD bei den von uns ausgewerteten Wahlen im Bundesland und war im Kern der besonderen kommunalpolitischen Lage vor Ort zuzuschreiben. Die Siegquote der AfD lag somit bei lediglich 3 Prozent (1 Wahlsieg bei 36 Antritten). Im Durchschnitt erzielten die AfD-Kandidierenden 25 Prozent der Stimmen in der Hauptwahl. Bei den 12 Stichwahlen, für die sich AfD-Kandidierende qualifizierten, erzielten diese im Durchschnitt 39 Prozent.

Wenn sie antraten, waren andere Parteien und Wählervereinigungen ungleich erfolgreicher als die AfD. Die CDU, SPD und freie Wählergemeinschaften errangen den jeweils vakanten Posten in jeweils rund 40 Prozent der Fälle, in denen sie Kandidierende aufstellten.

Bei den Landratswahlen erzielten AfD-Kandidierende in den südlichen Landkreisen Oberspreewald-Lausitz und Spree-Neiße hohe Ergebnisse von 43 beziehungsweise 42 Prozent, was Stichwahlen nach sich zog, bei denen die AfD-Kandidierenden mit 47 beziehungsweise 49 Prozent den Wahlsieg nur knapp verfehlten. Bei ihrem aufwändigen Wahlkampf bei den Landratswahlen in der Uckermark stellte die AfD ihre Ablehnung der CDU-Amtsinhaberin in den Vordergrund. Der AfD-Kandidat Felix Teichner holte in der ersten Wahlrunde 40 Prozent der Stimmen, unterlag damit jedoch deutlich gegen seine Konkurrentin Karina Dörk, die 60 Prozent der Stimmen errang, wodurch eine Stichwahl hinfällig wurde.

Bei den Bürgermeisterwahlen errangen die AfD-Kandidierenden in den Stichwahlen teilweise ebenfalls hohe Ergebnisse, etwa in Templin (46 Prozent), Bad Freienwalde (48 Prozent), Oranienburg (40 Prozent) und Eisenhüttenstadt (43 Prozent).

Einige der Wahlen gingen indes zugunsten von Kandidierenden aus, die keine Parteimitglieder sind, aber von der AfD unterstützt wurden. Nachdem der AfD-Kandidat Nor-

	Antritte	Sieg in Hauptwahl	Stichwahl-Beteiligung	Sieg in Stichwahl	Siege	Antritte in %	Siege in %	Siege von Frauen
AfD	36	1	12	0	1	65 %	3 %	0
SPD	21	0	13	9	9	38 %	43 %	1
CDU	31	6	9	7	13	56 %	42 %	3
Einzelbewerber:innen ¹	37	9	11	10	19	67 %	51 %	5
Wählergemeinschaften	29	9	7	2	11	53 %	38 %	2
Andere Parteien	21	1	1	1	2	38 %	10 %	0
Summe		26		29	55			11

Antritte und Ergebnisse der 55 Bürgermeister- und Landratswahlen in Brandenburg (Januar 2025 bis Juli 2026)

bert Kleinwächter bei der Wahl zum Landrat in Elbe-Elster im ersten Wahlgang ausgeschieden war, unterstützte die AfD den Stichwahl-Teilnehmer Marcel Schmidt (Claus 2026b). Der Einzelbewerber entschied die Stichwahl mit 64,5 Prozent für sich. In Rheinsberg verteidigte der Amtsinhaber Frank-Rudi Schwochow den Bürgermeisterposten im ersten Wahlgang mit einem Ergebnis von 65 Prozent souverän. Schwochow ist Mitglied der der BVB-FW, gilt jedoch inhaltlich wie politisch als AfD-nah (Makollus 2026). Bei den Bürgermeisterwahlen in Fürstenwalde (Spree) verzichtete die AfD auf einen eigenen Wahlantritt und unterstützte stattdessen Amtsinhaber Matthias Rudolph (Vorreier 2025), der für das „Bündnis Fürstenwalder Zukunft“ und BVB-FW antrat und sich in der Stichwahl durchsetzen konnte.

Seit geraumer Zeit ist indes im Rechtsextremismus und in verwandten politischen Spektren die Infragestellung der

Legitimität von demokratischen Wahlen als eine politische Kampftechnik aktualisiert und ausgebaut worden. Punktuell vorkommende Probleme in der Logistik von Wahlen werden aufgegriffen und zu einem Baustein rechtsextremer Delegitimierungsstrategien gegen demokratische Institutionen verwertet. Behauptungen über Unregelmäßigkeiten bei Abstimmungen werden ohne oder mit geringer Evidenz erhoben. Häufig wird dabei die Briefwahl als vermeintliches Einfallstor für Betrug angeprangert. Auch die AfD artikuliert solche ressentiment-geleiteten Pauschalverdachte, für die sie in aller Regel keine Tatsachen-Belege anführen kann. Vielmehr sind abweichende Briefwahl-Ergebnisse plausibel: Die Möglichkeit zur Briefwahl nutzen erfahrungsgemäß ältere Wähler:innen und solche mit höherem Bildungsniveau – Wählergruppen also, die weniger stark zur AfD-Wahl neigen. Im politischen Handeln der AfD bezüglich von Wahlen im Land Brandenburg spiegeln sich diese Tendenzen. Immer wieder werden Wahlergebnisse infrage gestellt und beispielsweise Einschränkungen der Briefwahl gefordert (AfD Brandenburg 2024). Über den strategischen Sinn dieser Praxis werden im Landesverband Debatten geführt (vgl. Hohm/Jank 2026).

Auch im Rahmen des kommunalen Wahlgeschehens 2025 und 2026 wurden aus der AfD gegen eine Reihe von Wahlergebnissen Zweifel gestreut, Einwände erhoben und teilweise juristische Schritte eingeleitet. Dies betrifft beispielsweise die Bürgermeisterwahlen in Bad Freienwalde (AfD Brandenburg 2025), in Glienicke (Liebezeit 2025), in Oranienburg (Winkler 2025; Hagedorn 2025a), in Velten (Paetzel 2026a; Paetzel 2026b) sowie die Landratswahl in Spree-Neiße (Stürmer 2026e).²



Wahlkampf in der Uckermark.

1 Bei Wahlen, bei denen mehrere Einzelbewerber:innen antraten, wurden für die Auswertung nur die jeweils erfolgreichsten berücksichtigt.

2 Auch gegen die Wahl in Strausberg, bei der verschiedene politische Lager Unregelmäßigkeiten kritisierten und die Ansetzung einer Neuwahl nötig wurde, opponierte die AfD und nutzte die Situation, um abermals die Abschaffung der Briefwahl zu fordern (vgl.: Göldner/Wangemann 2026).

Fallbeispiele

Elbe-Elster

Im Landkreis Elbe-Elster waren bei der Hauptwahl am 15. Februar 2026 von den annähernd 97.000 Einwohner:innen 83.000 wahlberechtigt. Der AfD-Kandidat Norbert Kleinwächter erzielte, bei einer Wahlbeteiligung von 55 Prozent, mit 28 Prozent der abgegebenen Stimmen denselben Anteil, den seine Partei bei den Kommunalwahlen 2024 im Landkreis gewonnen hatte. Er kam damit nur auf den dritten Platz und verfehlte die Stichwahl.

Kleinwächter darf als ein eher prominenter Kandidat gelten: Während zwei Legislaturperioden war er Mitglied der AfD-Bundestagsfraktion, zeitweise deren stellvertretender Vorsitzender, und machte sich sogar Hoffnung auf das Amt des Bundesvorsitzenden. Er gilt trotz seiner westdeutschen Herkunft als in der Region hinreichend gut vernetzt und führte den Wahlkampf durchaus engagiert. Schon im Jahr 2023 hatte er mit KI-generierten Bildern experimentiert und damit die Sorge um den Einsatz von „deep fakes“ in der Politik befördert (Der Standard 2023).

Im Rennen um den Landratsposten erprobte Kleinwächter KI-generierte Videoclips mit Wahlkampfsongs. Das Ergebnis wirkte wenig professionell. Eine schlanke junge Frau mit blauem T-Shirt, blau gefärbten Haaren und einem Kreuz als Kettenanhänger versprach: „Norbert Kleinwächter als Landrat führt uns voran“. Zu sehen war zudem ein Wahlkampfmobil mit der Aufschrift „Die AfD



Wahlkampfvideo von Norbert Kleinwächter (Screenshot).

hat viele Anhänger“. Außerhalb dieser virtuellen Welt mit Großversammlungen von AfD-Befürworter:innen in an FDJ-Uniformen erinnernden Hemden, sah die Wirklichkeit anders aus. So tauchte ein reales Foto auf, das den echten Kleinwächter-Fahrzeuganhänger zeigte – stecken geblieben in einer zu niedrigen Unterführung. Es stand fast sinnbildlich für Kleinwächters gescheiterte Kampagne (vgl. Kuhle 2026).



Foto des medial stark beachteten Verkehrsunfalls während des Wahlkampfes von Norbert Kleinwächter (Screenshot).



Wahlkampf-Plakat: Norbert Kleinwächter gilt als „gemäßigter“ AfD-Politiker.



Wahlwerbung des Landratskandidaten Marcel Schmidt (Screenshot).

Kleinwächter selbst schrieb seine Niederlage äußeren Umständen zu. Er meinte, ein „besseres Ergebnis haben die Debatten über Vetternwirtschaft in unserer Partei verhindert“ (Claus 2026a), die Anfang des Jahres auch innerhalb der Parteibasis für Unmut sorgten. Wahrscheinlich ist die Ursache in mangelndem Rückhalt aus den eigenen Reihen zu sehen. Obwohl Kleinwächter zum Urgestein des hiesigen Landesverbands gehört, nimmt er oft Positionen ein, die in der Partei unbeliebt sind – etwa zu Russland und der Ukraine. Harte Kritik übte er öffentlich gegenüber Parteifreunden wie Maximilian Krah – die Neue Züricher Zeitung nannte die beiden sogar „Antipoden“ (Kissler 2023) – und seinem aus Brandenburg stammenden Fraktionskollegen im Deutschen Bundestag, Steffen Kotré. Gegenüber der Landesspitze beharrte er wiederholt auf dem Basisprinzip und gilt insgesamt „als eher gemäßigt“ (Kaufmann 2026). Diese Einschätzung ist indes nur im Abgleich mit den noch radikaleren Positionen aufrecht zu erhalten, die den Landesverband heute prägen.

Neben der AfD traten Christian Jaschinski (CDU), Christian Nürbchen (Die Linke, mit Unterstützung Bündnis 90/Die Grünen) und der parteilose Bewerber Marcel Schmidt an. Den Wahlkampf dominierte das auch bundespolitisch brisante Thema der Krankenhausreform. Zum Unmut vieler Wähler:innen favorisierte der in zweiter Wahlperiode amtierende Landrat Jaschinski ein Zentralklinikum für den Landkreis Elbe-Elster. Ihm schadeten zudem Querelen in der eigenen Partei und ein Verfahren wegen Untreue, welches allerdings bereits vor der Wahl eingestellt worden war. So bestätigte sich in Elbe-Elster der Trend hin zum „unpolitischen“ Herausforderer.

Der Politik-Neuling Marcel Schmidt versprach den Bürger:innen einen „Neuanfang jetzt“: „Mit diesem Slogan und seiner immer wieder erklärten Parteiunabhängigkeit ist Marcel Schmidt in die Stichwahl gegangen. Genau genommen hat das schon gereicht. Inhalte sind eher in den Hintergrund getreten“. Die Argumentation des Amtsinhabers mit „Zahlen und Fakten“ – so die Lausitzer Rundschau – „prallt bei den Wählern nahezu ab. Obwohl sich so manche Bilanz durchaus gut liest“. Die Lokalzeitung beklagte zudem einen „hitzen Wahlkampf mit zum Teil unfairen Mitteln. Vorwürfe, Unterstellungen und falsche Behauptungen [...] prasselten [...] in den sozialen Medien ungeprüft auf die Nutzer ein“. Vor der Stichwahl sagte Schmidt „in der Öffentlichkeit und erst recht gegenüber den Medien nichts mehr“ (Claus 2026b). Damit umging der spätere Wahlsieger zugleich eine Positionierung zum künftigen Umgang mit der AfD, die ihn nach dem ersten Wahlgang unterstützte und sich anschließend seinen Stichwahlerfolg (64,5 Prozent der Stimmen) teilweise selbst zuschrieb.

Plausibilität erhält die Annahme, dass die AfD-Wähler:innen maßgeblich zum Erfolg von Schmidt beitrugen, durch den Vergleich mit den Wahlen zum Kreistag 2024, an denen sich mit fast 70 Prozent deutlich mehr Wähler:innen beteiligt hatten. Prozentual deckten sich indes nicht nur im Falle der AfD die Werte. Wenn man die Anteile addiert, die Linke und Bündnis 90/Die Grünen erreichten, entspricht dies ebenfalls ziemlich exakt dem Ergebnis des Kandidaten Nürbchen (7 Prozent). Ein ähnliches Bild zeigt sich mit Blick auf BVB-FW, unabhängige Wählergruppen und andere, die wiederum in der Summe der Anteile einen ziemlich genau so hohen Wert erreichten, wie Schmidt im ersten Wahlgang (31 Prozent). Lediglich das Ergebnis von Jaschinski weicht ab, insofern es mit 35 Prozent deutlich höher ausfiel, als der Anteil der CDU bei den Kreistagswahlen (22 Prozent). Mit großer Wahrscheinlichkeit entschied sich ein guter Teil derjenigen, die 2024 die SPD gewählt hatten (10 Prozent) für den amtierenden Landrat. Damit hatte er seine Zustimmung ausgereizt – bei der Stichwahl gewann er lediglich einen Prozentpunkt hinzu –, während Schmidt sein Ergebnis verdoppelte. Dafür dürften die AfD-Wähler:innen tatsächlich maßgeblich die Verantwortung tragen.

Spree-Neiße

Im Landkreis Spree-Neiße leben knapp 109.000 Menschen, von denen am 8. März 2026 rund 94.000 zur Wahl aufgerufen waren. Wie in Elbe-Elster gaben 55 Prozent der Wahlberechtigten ihre Stimme ab. In Spree-Neiße schickte die AfD Christine Beyer ins Rennen. Sowohl CDU als auch SPD stellten eigene Kandidaten auf. Da Alt-Landrat Harald Altekörper nach über 15 Jahren im Amt nicht zur Wiederwahl antrat, kandidierte für die CDU sein Parteifreund Martin Heusler. Der Leiter des Weiterbildungs- und Qualifizierungszentrums der Lausitz Energie Bergbau AG (LEAG) in Lübbenau und Oberstleutnant der Reserve, der eindringlich vor einer Übernahme des Landratspostens durch die AfD warnte (Weser/Igel 2026; vgl. Vorreyer 2026), wurde bereits im ersten Wahlgang von der FDP unterstützt. Bei den Kommunalwahlen zwei Jahre zuvor hatte die CDU 20 und die FDP 3 Prozent erreicht. Die SPD nominierte Heiko Jahn, zu dessen Wahl sowohl die Linke als auch die Grünen aufriefen. In den Kommunalwahlen 2024 hatte die SPD 13, die Linke 7 und die Grünen 2 Prozent gewonnen. Nun erreichte Jahn 20 Prozent und schied damit aus. Linke und Grüne hatten sich vor allem aus Sorge vor einem Wahlsieg der AfD zu ihrer Wahlempfehlung durchgerungen (Stürmer 2026a; Stürmer 2026b). Man darf gleichwohl vermuten, dass ihre Wählerklientel dem nicht vollständig folgte, sondern sich für den chancenlosen vierten Kandidaten Robert Hanschke entschied, der für die „Satirepartei“ Die Partei antrat und knapp 7 Prozent holte. Auch darin kommt ein Vertrauensverlust in diejenige politische Kraft zum Ausdruck, die in Brandenburg stets die Landesregierung gestellt hat.

Addiert man die prozentualen Ergebnisse für SPD und CDU im ersten Wahlgang, so ist ziemlich exakt der Wert von 51,5 Prozent erreicht, mit dem sich Heusler in der Stichwahl knapp gegen die AfD mit 48,5 Prozent durchsetzen konnte. Das Wahlergebnis wurde von der AfD umgehend infrage gestellt. Die Kreiswahlleiterin betonte, dass die AfD keine den Verdacht stützenden Tatsachen vorgebracht habe, und der Kreistag erkannte die Wahl gegen die Stimmen der AfD als gültig an. Die AfD erhob Klage beim Verwaltungsgericht Cottbus (Stürmer 2026c).

Beyers Ausgangsposition für die Stichwahl war stark, denn im ersten Wahlgang holte sie bereits 42 Prozent der Stimmen und stand somit auf dem ersten Platz. Dies war der AfD bislang – neben fünf Bürgermeisterwahlen – lediglich im benachbarten Landkreis Oberspreewald-Lausitz gelungen.

Gegenüber den Kommunalwahlen 2024 verbesserte sich das AfD-Ergebnis von 38 Prozent nur moderat; bei der Landtagswahl im selben Jahr hatte die Partei fast ebenso hohe Werte erreicht, wie nun im ersten Wahlgang. Beyers auf die Ausstrahlung von Regional- und Sachkompetenz orientiertes Auftreten dürfte für ihren Mobilisierungserfolg im ersten Wahlgang nicht den zentralen Ausschlag gegeben haben.

Wirtschaftspolitik dominierte den Wahlkampf in der vom Strukturwandel betroffenen, aber auch von Förderprogrammen profitierenden Lausitzregion, wobei nach Ansicht einer guten Kennerin der Spree-Neiße-Kreis „im Ranking der Landkreise nicht besonders gut“ dastehe (Weser/Igel 2026). Nach dem ersten Wahlgang kündigte Beyer an, mit diesem Thema in die Stichwahl zu gehen (Weser 2026). Beyer betonte ihre Erfahrungen als Produktionsmanagerin eines Bekleidungsunternehmens in Polen. Sie präsentierte sich als unideologische pragmatische Macherin mit vielfältigen Erfahrungen – eine Selbstdarstellung, die beispielsweise in einem Porträt der Lausitzer Rundschau unkritisch referiert wurde (Igel 2026). In einem online übertragenen Gespräch auf Einladung der Wirtschaftskammern Südbrandenburgs mit den Geschäftsführer:innen der Handwerkskammer und der Industrie- und Handelskammer Cottbus gelang Beyer dies nur eingeschränkt. Trotz einer betont freundlichen und auf Fairness bedachten Gesprächsführung wirkten die Moderator:innen Sylke Radke und André Fritsche wenig überzeugt von der Kandidatin, der sie im Faktencheck auch gelegentlich widersprechen mussten (IHK Cottbus 2026). Beyer räumte zwar gegenüber der Lausitzer Rundschau ein, der Strukturwandel sei finanziell „ein Segen“, kritisierte aber den konkreten Einsatz der Fördermittel. Wichtige Ankerprojekte lösten ihrer Meinung nach Lohndruck aus und „machen uns den Mittelstand kaputt“ (Igel 2026). Erneuerbare Energien, namentlich Windräder, lehnte sie in Übereinstimmung mit der Programmatik ihrer Partei ab. Stattdessen stellte sie die regional populäre Forderung auf, die Abschaltung eines Blocks im Kohlekraftwerk Jänschwalde zu stoppen, und forderte den Ausbau der Atomenergie (ebd.). In der SVV Spremberg hatte das parteilose Mitglied der AfD-Fraktion Rainer Kießling während des Wahlkampfs sogar die Ansiedlung eines Kernkraftwerks als Alternative zu Solarparks vorgeschlagen (Weser/Igel 2026). Die von Beyer ebenfalls thematisierte Frage der Krankenhaus-Standorte und der allgemeinen gesundheitlichen Versorgung bewegte auch in Spree-Neiße die Wähler:innen.

Unterstützung erhielt Beyer nicht nur von ihrem Landesverband. Zum „Endspurt“ im Gasthof Dorflinde (Groß Közig) am 19. März 2026 kamen neben dem Vorsitzenden der Landtagsfraktion, Hans-Christoph Berndt, und seinem Fraktionskollegen Jean-Pascal Hohm, Bundesvorsitzender der AfD-Jugend Generation Deutschland, auch der AfD-Bundesvorsitzende Tino Chrupalla (Stürmer 2026d). Ungefähr 50 Demonstrant:innen nahmen an einer Kundgebung der Initiative „Guben bleibt bunt“ gegen die AfD-Veranstaltung teil, darunter der ausgeschiedene Gegenkandidat Hanschke und die Grünen-Bundestagsabgeordnete Andrea Lübcke. Während Christine Beyer auch diesen Protest „einigermaßen nüchtern“ kommentiert habe (Stürmer ebd.; vgl. Laggai 2026), hielt der Parteivorsitzende den moderaten Ton nicht durch. Er bezeichnete in seiner Rede die „anderen Parteien“ als „Lügner“, die die Leute „verarscht“ hätten (Vorreyer 2026).



Christine Beyer während ihres Wahlkampfes in Spree-Neiße. Im Hintergrund Jean-Pascal Hohm, Bundesvorsitzender der AfD-Jugendorganisation „Generation Deutschland“.



Anti-AfD-Protest während des Landratwahlkampfes in Spree-Neiße.

Obgleich gerade Berndt und Hohm für scharfe rassistische Positionierungen bundesweit bekannt sind, distanzierte Beyer sich während des Wahlkampfes von Ausländerfeindlichkeit (Igel 2026; Stürmer 2026d). Die Themen Rechtsextremismus und Rassismus – auch als Gefahren für den Wirtschaftsstandort – hatten die kommunalpolitisch Verantwortlichen im Landkreis schon zuvor bewegt. Noch im Sommer 2025 thematisierte die parteilose Bürgermeisterin von Spremberg, Christine Herntier, öffentlich und in direkter Ansprache an die Bürger:innen der Stadt das Wirken der neonazistischen Kleinstpartei Der III. Weg, Hakenkreuzschmierereien und entsprechende Vorfälle an Schulen und in einem Jugendklub. Bezeichnenderweise for-

derte die AfD-Fraktion daraufhin in der Stadtverordnetenversammlung die Abwahl der Bürgermeisterin (Reiß 2025). Herntier leitet die Lausitzrunde. Dieser Zusammenschluss der Kommunen in der sächsischen und brandenburgischen Transformationsregion dient der Koordination lokaler Vorhaben des Strukturwandels, den man laut einem Brandbrief an das Bundeswirtschaftsministerium vom Februar 2026 „in Gefahr“ sieht (Vorreyer 2026). Vor der Stichwahl betonte Herntier den Bedarf an Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden und dem Landkreis. Angesichts der Ablehnung der Strukturwandel-Maßnahmen durch Beyer und die AfD befürchten kommunale Verantwortungsträger:innen offenbar, die derzeit aus ihrer Sicht vor allem vom Bund ausgehende

Planungsunsicherheit und „Verzögerung“ (Vorreyer 2026) würde durch einen Wahlsieg Beyers weiter verstärkt. Es sei, so Herntier, nicht gelungen, „den Menschen deutlich zu machen, worum es bei der Landratswahl geht“, stattdessen werde „auf Altem beharrt, ja verharrt“ (Weser/Igel 2026). In Abgrenzung zur AfD setzte sich Martin Heusler ebenfalls für die Strukturwandel-Maßnahmen ein. Vor dem Hintergrund der Remigrations-Forderungen der AfD prognostizierte der CDU-Politiker, mit der AfD-Kandidatin werde es weniger Jobs in der Region geben. Heusler selbst stehe für eine „offene, tolerante Gesellschaft“ und werde um Fachkräfte werben. Als Landrat wolle er Mehrheiten ohne die AfD suchen (Vorreyer 2026).

Velten

Die Bürgermeisterwahl in Velten am 21. September 2025 war eine Nachfolgewahl, da die bisherige Amtsinhaberin Ines Hübner (SPD) nach 16 Jahren nicht erneut kandidierte.

Vier Bewerber:innen traten in dem 13.000 Einwohner:innen zählenden Ort gegeneinander an: der lokale CDU-Vorsitzende Andreas Müller (CDU), die parteilose Manuela Nebel, der 2017 knapp gegen Hübner unterlegene Kandidat der Wählervereinigung Pro Velten, Marcel Siegert, sowie das AfD-Mitglied Marco Schulze, dessen Partei bei der Landtagswahl 2024 in Velten mit 34 Prozent Stimmanteil deutliche Wahlsiegerin gewesen war. Als Schlüsselfragen für die Zukunft der Stadt wurden im Wahlkampf der Wohnungs- und der Fachkräftemangel herausgestellt (Bühler 2025). Pro-Velten-Kandidat Siegert sah sich im Vorfeld der Wahl veranlasst, öffentlich zu erklären, dass er seine Kandidatur nicht mit der AfD abgestimmt habe (Paetzel 2025a). Seine Fraktion hatte in der Vergangenheit mehrmals mit der AfD abgestimmt. An einer von der Märkischen Allgemeinen Zeitung veranstalteten Debatte zur Wahl nahmen nur drei Kandidat:innen teil – der AfDler Schulze hatte die Einladung ausgeschlagen.

In der Hauptwahl qualifizierten sich der Pro-Velten-Kandidat Siegert mit 39 Prozent der Stimmen und die parteilose Manuela Nebel mit 33 Prozent für die Stichwahl. Der AfD-Kandidat Schulze landete mit 18 Prozent der Stimmen abgeschlagen auf dem dritten Platz. Gegen Schulze, einen ehemaligen Profiboxsportler, wurde in der Wahlnacht Strafanzeige wegen gefährlicher Körperverletzung gestellt (Treichel 2025). Anzeigensteller war ein Fraktionskollege. Beide AfDler legten daraufhin ihre SVV-Mandate nieder (Paetzel 2025b).

In der Stichwahl am 12. Oktober 2025 setzte sich Manuela Nebel mit 51,4 Prozent der Stimmen gegen Siegert durch. In absoluten Zahlen bezifferte sich ihr Vorsprung auf 146 Stimmen: 2.700 zu 2.554. Siegert legte daraufhin Ende 2025 sein Mandat als SVV-Chef und Stadtverordneter nieder (Paetzel 2025c).

Bürgermeisterin Nebel übt ihr Amt seitdem gegen den Widerstand der Mehrheit der Stadtverordnetenversamm-

lung aus. Die Wählergruppe „Pro Velten“ agiert seit der Wahl in einem Bündnis zusammen mit der AfD-Fraktion und Robert Wolinski, einem Abgeordneten der Neonazi-Partei „Die Heimat“. Wolinski ist in der SVV kein isolierter Einzelabgeordneter mehr, sondern wurde zum Europabeauftragten der Stadt gewählt (Winkler 2026a). Der AfD-Abgeordnete Robert Ketelhohn, ein christlich-fundamentalistischer Aktivist, wurde zudem zum Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung gewählt (Becker 2026).

Die rechte Mehrheit in der Veltener Stadtverordnetenversammlung erkennt das Ergebnis der Bürgermeisterwahl nicht an. Pro Velten behauptet, eine „Vielzahl der Bürger“ zweifle das Briefwahlergebnis an, das entscheidend für Nebels Sieg gewesen sei (Becker 2025a). Siegert lag bei der Auszählung zunächst vorne, bis die Briefwahlstimmen gezählt wurden. Zudem habe die Wahlleiterin den Wahlausschuss getäuscht. Belastbare Beweise wurden nicht vorgelegt. Die Vorwürfe wurden von Wahlleitung und Stadtverwaltung wiederholt zurückgewiesen. Wahlleitung, Kommunalaufsicht und ein unabhängiges juristisches Gutachten bestätigten die Rechtmäßigkeit der Wahl.

Pro Velten und die AfD setzten nichtsdestotrotz gemeinsam die Abberufung der Wahlleiterin durch und schlugen sogar Siegerts Mutter als eine neue stellvertretende Wahlleiterin vor (Becker 2025a). Pro Velten, AfD und Die Heimat erhoben gemeinsam einen Wahleinspruch gegen die Stichwahl (Becker 2025b). Der Landrat des Landkreises hat mittlerweile Klage gegen die Stadtverordnetenversammlung eingereicht, um die Rechtmäßigkeit der Wahl gerichtlich bestätigen zu lassen (Paetzel 2026a).

Derweil werden in der Stadtverordnetenversammlung auf Diskriminierung abzielende Beschlüsse durchgesetzt. Die seit 2023 laufende stundenweise Nutzung eines Raums im Bürgerhaus Velten-Süd für das Freitagsgebet einer kleinen Gruppe muslimischer Gläubiger will die AfD in Zukunft verhindern. Ein entsprechender Beschluss wurde Ende März 2026 verabschiedet (Winkler 2026b).

Zehdenick

Zehdenick, eine Stadt mit knapp 13.000 Einwohner:innen im Landkreis Oberhavel, war lange ein Ort, der sich durch ein hohes Maß an politischer Stabilität auszeichnete. Über die fünfzehn Jahre von 2003 bis 2018 wurde die Stadt vom SPD-Bürgermeister Arno Dahlenburg regiert. Seitdem dieser aus Altersgründen seinen Posten abgab, konnte sich kein Bürgermeister lange im Amt halten. Der 2019 gewählte Bürgermeister gab 2022 vorzeitig auf, um einer zu erwartenden Abwahl zuvor zu kommen. Der im gleichen Jahr mit großem Stimmvorsprung gewählte Nachfolger gab den Posten 2024 aus persönlichen Gründen auf.

Im Februar 2025 wurde ein Nachfolger gewählt. In der Hauptwahl qualifizierten sich der Einzelbewerber Alexander Kretzschmar (37,5 Prozent, 3.037 Stimmen) und der AfD-

Politiker René Stadtkewitz (37,3 Prozent, 3.021 Stimmen) für die Stichwahl.

Stadtkewitz war zwischen 2001 und 2011 für die CDU Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses. Seit 2006 suchte er die Nähe zu radikal rechten Kreisen, isolierte sich in seiner Partei dabei zusehends, und engagierte sich in einer islamfeindlichen Initiative in Berlin-Heinersdorf. Diese Aktivitäten führten ihn ins rechtspopulistische Milieu. Von 2010 bis 2013, dem Gründungsjahr der AfD, war er Bundesvorsitzender der rechtspopulistischen Kleinpartei Die Freiheit. In die AfD trat Stadtkewitz erst 2024 ein.

In der Stichwahl im März 2025 setzte sich bei einer gesunkenen Wahlbeteiligung Kretzschmar deutlich mit 63 Prozent der Stimmen (3.800) gegen Stadtkewitz (37 Prozent, 2.200 Stimmen) durch. Das Ergebnis der Wahl entsprach in vielerlei Hinsicht dem aus anderen Bürgermeisterwahlkämpfen bekannten Muster: Ein zunächst starkes Abschneiden eines AfD-Kandidaten, der in der Stichwahl allerdings nicht über das Parteimilieu hinaus mobilisieren konnte und somit unterlag.

Allerdings meldete sich der neue Bürgermeister kurz nach der Wahl krank und blieb dienstunfähig. Im Januar 2026 wurde Kretzschmar mittels Bürgerentscheid abgewählt. Somit trat zum dritten Mal in Folge in Zehdenick der gewählte Bürgermeister vorzeitig ab. Die Neuwahlen – die vierten Bürgermeisterwahlen innerhalb von sieben Jahren – fanden im Mai statt (rbb24 2026). Vier Personen kandidierten: Erneut der AfDler Stadtkewitz, ein Kandidat der FDP und zwei Einzelpersonen. Nur der AfD-Kandidat stammte aus Ostdeutschland. Seine drei Konkurrenten waren aus Westdeutschland nach Zehdenick zugezogen. Wie schon im Wahlkampf 2025 wurden 2026 Themen wie ein Investitionsstau in städtischen Schulen und der Infrastruktur (Hagedorn 2025b), Wohnungsmangel (Risken 2026a) und das Ladensterben in der Innenstadt (Risken 2025) diskutiert. Zusätzlich rückte unter dem Eindruck der Abwahl des Bürgermeisters das Thema der Verwaltungstransparenz in den Vordergrund (Risken 2026b).

Bei der neuerlichen Bürgermeisterwahl am 10. Mai 2026 setzte sich der AfD-Kandidat Stadtkewitz gleich in der ersten Runde mit 58 Prozent der Stimmen (3.400) mit deutlichem Abstand durch. In der Märkischen Allgemeinen Zeitung wurde kommentiert: „Die etablierten politischen Kräfte im Stadtrat waren erschöpft und stellten keinen Kandidaten mehr. [...] Umso größer war die Politikverdrossenheit in der Stadt und umso geringer die Wahlbeteiligung“ (Blume 2026). Nur 53 Prozent der Wahlberechtigten hatte ihre Stimme abgegeben. Bei der Hauptwahl 2025 waren es noch 73 Prozent gewesen. Stadtkewitz genügte somit ein Stimmenzuwachs von lediglich ungefähr 400 Stimmen im Vergleich zur Hauptwahl 2025 für den Wahlsieg.

Durch das Wahlergebnis ist Zehdenick die größte von der AfD regierte Stadt Deutschlands und die erste im Land Brandenburg, in der die Partei einen hauptamtlichen Bürgermeisterposten gewann.

Fazit und Perspektiven

Die von uns ausgewerteten Bürgermeister- und Landratswahlen 2025 und 2026 zeigen: Im Land Brandenburg besteht derzeit noch eine strukturelle Mehrheit gegen die AfD, die in Stichwahlen regelmäßig unterliegt.

Der spektakuläre, bundesweit wahrgenommene Wahlsieg der AfD in der ersten Wahlrunde in Zehdenick bleibt insofern – vorerst – eine Ausnahme, die einer besonderen politischen Situation in der Stadt geschuldet war. In Velten blieb die AfD vom Gewinn des Bürgermeisteramts entfernt, fand aber in einer Wählervereinigung und der neonazistischen „Heimat“ Bündnispartner. Hier offenbart sich das destruktive Potenzial einer rechten Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung, die sich vehement gegen die Anerkennung des demokratischen Wahlergebnisses stemmt. Im Kreis Spree-Neiße wurde hingegen die gewachsene Stärke der AfD deutlich. Sie schöpfte ihr Potenzial annähernd aus, während andere politische Kräfte weniger stark mobilisierten. Nur knapp setzte sich der Gegenkandidat der CDU in der Stichwahl durch. Dass diese Stärke der AfD kein Selbstläufer ist, zeigte sich in Elbe-Elster. Dem dortigen AfD-Kandidaten fehlte es insgesamt an Rückhalt, wodurch er schwächer mobilisierte und ein für die fragliche Region aus AfD-Sicht schwaches Ergebnis einholte. Der dann von der AfD unterstützte Einzelbewerber konnte in der Stichwahl das Potenzial der AfD für sich mobilisieren und siegte gegen seinen Konkurrenten von der CDU.

Insgesamt betrachtet ist die AfD derzeit weitgehend in der Lage, ihr gegenwärtiges Potenzial auf kommunaler Ebene auszunutzen: Der AfD-Wahl zugeneigte Menschen können von der Partei erfolgreich mobilisiert werden. Da es den demokratischen Parteien weit weniger gelingt, ihre Potenziale auszuschöpfen, und da die Wahlbeteiligung vergleichsweise niedrig bleibt, kann sich dies in AfD-Ergebnissen ausdrücken, die annähernd die Hälfte der abgegebenen Stimmen umfassen. Die Möglichkeit, dass sich die AfD künftig in einer Stichwahl durchsetzt, oder dass sie sogar erneut einen Sieg im ersten Wahlgang erreicht, ist mithin gegeben. Ob es dazu kommt, hängt entscheidend von der Performanz der übrigen Bewerber:innen ab. Insbesondere die demokratischen Parteien stehen in der Verantwortung, aussichtsreiche Kandidat:innen ins Rennen zu schicken oder ihre Wählerbasis zur Abgabe für andere demokratische Kandidat:innen zu mobilisieren.

Die so genannten etablierten Parteien müssen indes durchaus damit rechnen, dass ihre Kandidat:innen nicht mehr gewählt werden, eben weil sie für eine als „etabliert“ wahrgenommene Partei antreten. Dies gilt teilweise selbst da, wo bewährte Politiker:innen aufgestellt werden, die eine vergleichsweise gute Bilanz vorweisen können. Darin zeigt sich das hohe Maß an Unzufriedenheit mit der Politik. Diese Unzufriedenheit droht derzeit, sich zu einer

umfassenden politischen Entfremdung in einem größer werdenden Teil des Elektorats zu verdichten.

Die Ergebnisse einer ganzen Reihe der hier untersuchten demokratischen Wahlen wurden von der AfD infrage gestellt und ohne Evidenz Manipulationsvorwürfe erhoben, insbesondere in Hinsicht auf Briefwahlstimmen. Das gesellschaftliche Vertrauen in Wahlen und in das Funktionieren und die Legitimität demokratischer Institutionen wird von der AfD untergraben.

Bei den Wahlen um kommunale Spitzenämter ist ein erhöhter Druck auf alle Parteien – einschließlich der AfD – festzustellen, der auf die weiter anwachsende Konkurrenz kleinerer Listen und, mehr noch, von Einzelbewerber:innen zurückgeht. Auf das ganze Land bezogen, sind sie als die eigentlichen Sieger der jüngsten Wahlen um kommunale Spitzenämter anzusehen.

Wie einige lokale Beispiele zeigen, entstehen daraus in manchen Kommunen Bedingungen, die die AfD insgesamt

begünstigen beziehungsweise ihre indirekte Wirkmächtigkeit zum Ausdruck bringen. Dies ist aber nicht zwangsläufig der Fall, denn in anderen Kommunen begrenzen die parteiunabhängigen Bewerber:innen den Spielraum der AfD.

Aus dem Trend zu direkt gewählten, parteipolitisch nicht gebundenen Bürgermeister:innen oder Landrät:innen können ernsthafte strukturelle Probleme für das Regieren im Mehrebenen-System resultieren, die über die kommunale Ebene hinausweisen. Ebenso können sie demokratische Dynamiken entfalten und sogar zu einer Belebung der Demokratie auf kommunaler Ebene führen. Die entschiedenen demokratischen Kräfte im Land Brandenburg – an erster Stelle die politischen Parteien, darüber hinaus aber auch die Kräfte der Zivilgesellschaft, und nicht zuletzt die Institutionen des demokratischen Rechtsstaats – bleiben aufgerufen, geeignete Strategien im Umgang mit der neuen Wirklichkeit in den Kommunen zu entwickeln.

Literatur und Quellen

- AfD Brandenburg (2024): AfD-Kreisvorsitzende: Geheime Wahl wiederherstellen – Briefwahl nur als Ausnahme. <https://mailchi.mp/3be3e05c328c/14823776-18242200?e=c8c2effa09> (geprüft 09.04.2026).
- AfD Brandenburg (2025): Unregelmäßigkeiten bei Briefwahl in Bad Freienwalde. <https://us20.campaign-archive.com/?e=c8c2effa09&u=6b858a2e407ecdfe2843457e9&id=2475d90972> (geprüft: 09.04.2026).
- Angenendt, Michael (2021a): Rage against the party machine? Wählergemeinschaften als Alternative im kommunalpolitischen Wettbewerb. *Z Politikwiss* 31, S. 627–641. DOI: 10.1007/s41358-021-00301-3.
- Angenendt, Michael (2021b): Politik abseits der Parteien. Wählergemeinschaften in Deutschland. Wiesbaden. DOI: 10.1007/978-3-658-35259-2.
- Becker, Ronald (2025a): Mutter eines Kandidaten soll Bürgermeisterwahl prüfen. In: *Märkische Zeitung Gransee-Zeitung*. 19.11.2025. S. 1.
- Becker, Ronald (2025b): Pro Velten zweifelt die Stichwahl an. In: *Märkische Zeitung Gransee-Zeitung*. 19.11.2025. S. 2.
- Becker, Ronald (2026): AfD besetzt jetzt Chefposten. In: *Oranienburger Generalanzeiger*. 19.01.2026. S. 4.
- Blume, Georg (2026): Frust, Erschöpfung und fehlende Unterstützung aus der Landespolitik. In: *Märkische Allgemeine Zeitung*. 12.05.2026 (Ausgabe Oberhavel). S. 13.
- Botsch, Gideon / Schulze, Christoph (2019): Die Bürgerwut im Kreistag? *Mitteilungen der Emil Julius Gumbel Forschungsstelle*. Ausgabe 5 (Mai 2019).
- Botsch, Gideon / Schulze, Christoph (2025): Zur Entwicklung der kommunalpolitischen Präsenz der AfD. *Mitteilungen der Emil Julius Gumbel Forschungsstelle*. Ausgabe 14 (April 2025).
- Bühler, Karin (2025): Einig über die Uneinigkeit. In: *Märkische Allgemeine*. 17.09.2025 (Ausgabe Oberhavel). S. 14.
- Claus, Frank (2026a): Tag nach der Wahl: Freudensprünge und Wunden lecken. In: *Lausitzer Rundschau*. 17.02.2026 (Elbe-Elster Rundschau). S. 15.

- Claus, Frank (2026b): Wahl sorgt für Zäsur in Elbe-Elster. In: *Lausitzer Rundschau*. 03.03.2026 (Elbe-Elster Rundschau). S. 13.
- Der Standard (2023): AfD hetzt mit künstlich generierten Bildern gegen Flüchtlinge. <https://www.derstandard.de/story/2000144906234/afd-hetzt-mit-kuenstlich-generierten-bildern-gegen-fluechtlinge> (geprüft 03.08.2026).
- Die Zeit (2026): Zehdenick: AfD-Kandidat gewinnt erstmals bei Bürgermeisterwahl in Brandenburg. 10.05.2026. <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2026-05/erster-afd-buergermeister-in-brandenburg> (geprüft 23.06.2026).
- Dietze, Nikolas (2025): Lokale Repräsentationsspezifika der AfD im Vergleich: Klassenfragen im Kontext der sachsen-anhaltinischen Kommunalwahl 2024. In: *ZRex* 5 (2), S. 163–179. DOI: 10.3224/zrex.v5i2.01.
- Gäbler, Stefanie / Rösel, Felix (2019a): Direkt gewählte Politiker straffen die Verwaltung. In: *IFO berichtet* 26 (4). S. 3–7.
- Gäbler, Stefanie / Rösel, Felix (2019b): Do direct elections matter? – Quasi-experimental evidence from Germany. In: *International Tax and Public Finance* 26 (6). S. 1416–1445. DOI: 10.1007/s10797-019-09539-8.
- Göldner, Igor / Wangemann, Ulrich (2026): Gekippte Bürgermeisterwahl jetzt Fall für die Justiz. In: *Märkische Allgemeine Zeitung*. 25.02.2026. S. 8.
- Hagedorn, Knut (2025a): Einsprüche zur Bürgermeisterwahl abgewiesen. In: *Märkische Allgemeine Zeitung*. 26.11.2025. (Ausgabe Oberhavel). S. 13.
- Hagedorn, Knut (2025b): Zweikampf um das Amt im Zehdenicker Rathaus. In: *Märkische Allgemeine*. 14.03.2025. (Ausgabe Oberhavel). S. 18.
- Hauke, J. Cash (2023): „Das Amt verschenkt“? Die Kommunalpolitik der AfD als Herausforderung für die Demokratie. *Mitteilungen der Emil Julius Gumbel Forschungsstelle*. Ausgabe 11 (Juni 2023).
- Hohm, Jean-Pascal / Jank, Fabian (2026): Ist die Briefwahl das Problem? <https://sezession.de/70718/ist-die-briefwahl-das-problem> (geprüft 09.04.2026).
- Igel, Annett (2026): Christine Beyer will die Bürger mitnehmen. In: *Lausitzer Rundschau*. 23.02.2026 (Ausgabe Forst). S. 15.

- IHK Cottbus (2026): Landratswahl Spree-Neiße: Kandidatencheck Christine Beyer. <https://www.youtube.com/watch?v=HfPRpFW34-A> (geprüft 03.08.2026).
- Jankowski, Michael / Juen, Christina-Marie / Reiser, Marion (2025): Was beeinflusst die Wahl von Unabhängigen Wählergemeinschaften? Eine Analyse am Beispiel der Kommunalwahlen in Hessen und Schleswig-Holstein. In: Völkl, Kerstin / Jankowski, Michael (Hg.): Gemeinderatswahlen im deutschen Mehrebenensystem. Wiesbaden. S. 151–175. DOI: 10.1007/978-3-658-47548-2_5.
- Jankowski, Michael / Juen, Christina-Marie / Tepe, Markus (2021): Abstiegsverfahren in der Kommune und der Aufstieg Unabhängiger Wählergemeinschaften. In: Zeitschrift für Parlamentsfragen (ZParl), Heft 1/2021, S. 59–77. DOI: 10.5771/0340-1758-2021-1-59.
- Jankowski, Michael / Juen, Christina-Marie / Tepe, Markus (2022): The impact of anti-establishment parties on the electoral success of independent local lists. Evidence from Germany. In: Party Politics 28 (1), S. 127–136. DOI: 10.1177/1354068820965430.
- Kaufmann, Marion (2026): Landratswahlen in Brandenburg: Sonneberg als AfD-Blaupause. In: Tagesspiegel. 23.01.2026. S. B12.
- Kiess, Johannes / Feuerer, Amelie / Dilling, Marius (2024): Entfremdung von der Demokratie? Kommunale Wählervereinigungen und die Fragmentierung des Parteiensystems in Sachsen. In: Decker, Oliver / Kalkstein, Fiona / Kiess, Johannes / Kocyba, Piotr (Hg.): Demokratie in Sachsen. Jahrbuch 2023. S. 65–85. Leipzig.
- Kissler, Alexander (2023): Beim Russen buckeln gehen? Die AfD streitet über ihren aussenpolitischen Kurs. <https://www.nzz.ch/international/die-afd-streitet-ueber-aussenpolitik-raus-aus-der-eu-raus-aus-der-nato-ld.1745170> (geprüft 03.08.2026).
- Kuhle, Rolf (2026): In Bahnunterführung steckengeblieben – AfD-Politiker wehrt sich gegen Vorwurf der Unfallflucht. In: Lausitzer Rundschau. 23.02.2026 (Elbe-Elster Rundschau). S. 13.
- Laggai, Marcel (2026): Wahlkampffinale der AfD führt zu Protest. In: Lausitzer Rundschau (Ausgabe Forst). 19.03.2026. S. 21.
- Liebezeit, Jürgen (2025): Alle Einsprüche abgelehnt. In: Märkische Zeitung Gransee-Zeitung. 19.12.2025. S. 3.
- Makollus, Justus (2026): Antrag der AfD vorerst gescheitert. In: Märkische Allgemeine Zeitung. 06.03.2026 (Dosse-Kurier). S. 13.
- Neumann, Franz L. (1954): Angst und Politik. Tübingen.
- Paetzel, Marco (2025a): Marcel Siegert kandidiert als Bürgermeister. In: Märkische Allgemeine Zeitung. 17./18.04.2025 (Ausgabe Oberhavel). S. 17.
- Paetzel, Marco (2025b): Marco Schulze tritt aus AfD-Fraktion zurück. In: Märkische Allgemeine Zeitung. 08.11.2025 (Ausgabe Oberhavel). S. 16.
- Paetzel, Marco (2025c): Stadtverordnete trennen sich im Chaos. In: Märkische Allgemeine Zeitung. 13.12.2025 (Ausgabe Oberhavel). S. 17.
- Paetzel, Marco (2026a): Rechte Allianz will Bürgermeisterwahl vorbereiten. In: Märkische Allgemeine Zeitung. 01.06.2026 (Ausgabe Oberhavel). S. 13.
- Paetzel, Marco (2026b): AfD will Gericht nicht abwarten und Stichwahl vorbereiten. In: Märkische Allgemeine Zeitung. 06.05.2026 (Ausgabe Oberhavel). S. 17.
- rbb24 (2026): Bürgerentscheid am Sonntag. <https://www.rbb24.de/politik/beitrag/2026/01/zehdenick-buergermeister-alexander-kretschmar-oberhavel-abwahl-buergerentscheid.html> (geprüft: 09.04.2026).
- Reiß, Heike (2025): Bewegende Momente in Forst, Guben und Spremberg. In: Lausitzer Rundschau (Elbe-Elster-Rundschau). 30.12.2025. S. 18.
- Risken, Martin (2025): Kultladen macht vorerst weiter. In: Ruppiner Anzeiger. 07.01.2025. S. 4.
- Risken, Martin (2026a): Wohnungen fehlen: die Ideen der Kandidaten. In: Hennigsdorfer Generalanzeiger. 28.04.2026. S. 4.
- Risken, Martin (2026b): Transparentere Verwaltung? Noch hakt es. In: Märkische Zeitung Gransee-Zeitung. 05.05.2026. S. 5.
- Stadt Strausberg (2026): Bürgermeister-Wiederholungswahl am 20.09.2026 in Strausberg. <https://www.stadt-strausberg.de/wahlen-2/> (geprüft 03.08.2026).
- Stürmer, Harriet (2026a): Die Linke unterstützt Heiko Jahn. In: Lausitzer Rundschau. 19.02.2026 (Elbe-Elster Rundschau). S. 17.
- Stürmer, Harriet (2026b): FDP, Linke und Grüne stützen andere. In: Lausitzer Rundschau 28.02.2026 (Elbe-Elster Rundschau). S. 19.
- Stürmer, Harriet (2026c): AfD Spree-Neiße klagt gegen Kreistag. In: Lausitzer Rundschau. 06.06.2026 (Forst/Spree-Neiße). S. 17.
- Stürmer, Harriet (2026d): Demonstranten stören AfD-Treffen. In: Lausitzer Rundschau. 21.03.2026 (Spree-Neiße Rundschau). S. 15.
- Stürmer, Harriet (2026e): Einspruch der AfD abgelehnt. Lausitzer Rundschau (Spree-Neiße Rundschau), 02.05.2026. S. 15.
- Treichel, Helge (2025): AfD-Neuzugang legt Mandat nieder. In: Märkische Allgemeine Zeitung. 09.10.2025 (Ausgabe Oberhavel). S. 13.
- Völkl, Kerstin / Jankowski, Michael (Hg.) (2025): Gemeinderatswahlen im deutschen Mehrebenensystem. Wiesbaden.
- Vorreyer, Thomas (2025): „Dieses Bündnis soll nicht an Kraft verlieren“ In: Märkische Allgemeine Zeitung. 01.12.2025. S. 7.
- Vorreyer, Thomas (2026): Wohin steuert die Lausitz? In: Märkische Allgemeine Zeitung. 21./22.03.2026. S. 10.
- Weser, Kathleen (2026): Beyer setzt aufs Thema Wirtschaft. In: Lausitzer Rundschau. 10. 03.2026 (Elbe-Elster Rundschau). S. 15.
- Weser, Kathleen/Igel, Annett (2026): Die Bürger dürfen noch einmal wählen. In: Lausitzer Rundschau. 10.03.2026 (Elbe-Elster Rundschau). S. 15.
- Winkler, Marco (2025): Behauptungen und Unkonkretes. In: Märkische Zeitung Gransee-Zeitung. 24.11.2025. S. 3.
- Winkler, Marco (2026a): Rechtsextremer wird Beauftragter für Europa. In: Märkische Zeitung Gransee-Zeitung. 26.5.2026. S. 1.
- Winkler, Marco (2026b): Rechte Mehrheit will Gläubige vertreiben. In: Oranienburger Generalanzeiger. 23.05.2026. S. 5.

IMPRESSUM

Mitteilungen der Emil Julius Gumbel Forschungsstelle
Antisemitismus und Rechtsextremismus

Herausgeber:

Moses Mendelssohn Zentrum für europäisch-jüdische Studien
Am Neuen Markt 8, 14467 Potsdam

Telefon: (0331) 28 09 40

moses@mmz.uni-potsdam.de

www.mmoz-potsdam.de

Redaktion: Christoph Schulze

Fotos: Picture Alliance, Pressefuchs

Druck: Hinkelstein Berlin

ISSN: 2569-0906 (Print), 2944-0173 (Online)



Soweit nicht anders gekennzeichnet, ist dieses Werk unter einem Creative Commons-Lizenzvertrag Namensnennung 4.0 lizenziert. Dies gilt nicht für Zitate sowie für Werke, die aufgrund einer anderen Erlaubnis genutzt werden. Fotorechte verbleiben bei den Rechteinhaber:innen.